

Beschäftigungsrückgang abgeschwächt.....	501
Weiterentwicklung des Wirtschaftsmechanismus in der DDR.....	509

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 41/83

Berlin

13. Oktober 1983

50. Jahrgang

Stöglin

Beschäftigungsrückgang abgeschwächt Beschäftigung und Einkommen der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland im ersten Halbjahr 1983

Das Statistische Bundesamt hat Ende 1982 seine Statistik der Erwerbstätigkeit rückwirkend bis 1970 grundlegend revidiert¹. Dabei haben sich bei der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer teilweise erhebliche Veränderungen ergeben. So wird die Zahl der abhängig Beschäftigten im Jahr 1977 nach der Neuberechnung um fast 700 000 Personen höher ausgewiesen als zuvor; dies entspricht einer Differenz von 3,2 vH. 1981, dem Endjahr der in dieser Revision erfaßten Periode, betrug die Differenz immerhin noch 2,6 vH.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung ist bemüht, die Ergebnisse seiner nun schon seit vielen Jahren veröffentlichten vierteljährlichen und disaggregierten Berichte zu der Beschäftigung und den Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik weitestgehend an die amtliche Datenbasis anzupassen. Die amtliche Revision erforderte einen erheblichen Arbeitsaufwand bei der Übernahme der neuen Daten in das Zahlensystem des DIW. Diese Arbeiten sind noch nicht vollständig abgeschlossen, doch ist es jetzt möglich, die laufende Berichterstattung, die im Frühjahr vorübergehend eingestellt werden mußte, wieder aufzunehmen. Der vorliegende Bericht beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der Entwicklung im zweiten Quartal dieses Jahres, geht aber auch, wo erforderlich, auf die davorliegende Entwicklung mit ein.

Arbeitsmarkt

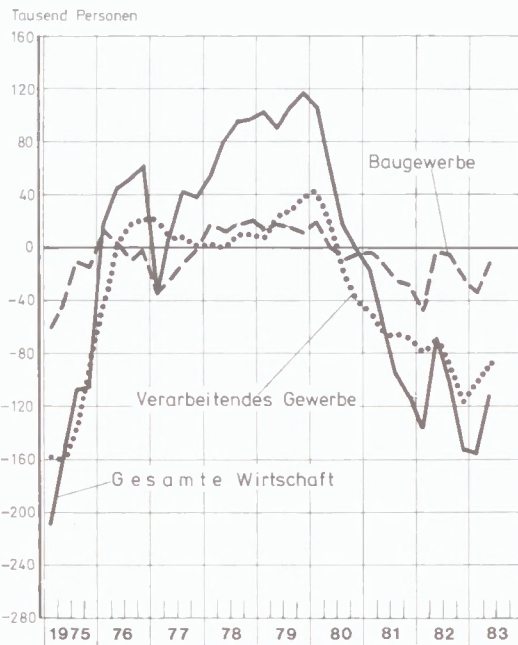
Die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ist seit Beginn dieses Jahres wieder aufwärts gerichtet. Die gesamtwirtschaftliche Produktion hat in den beiden ersten Vierteljahren von 1983 — arbeitstäglich und saisonbereinigt — insgesamt um 2,5 vH zugenommen; dabei übertraf das reale Bruttosozialprodukt das im ersten Halbjahr 1982 erzielte Ergebnis leicht. Auf dem Arbeitsmarkt wurde die Wende in der konjunkturellen Entwicklung zunächst nicht spürbar. Saisonbereinigt ging die Beschäftigtenzahl im ersten Quartal 1983 mit über 150 000 Personen noch einmal ebenso stark zurück wie zum Jahresende 1982, als der größte Beschäftigungsrückgang in der zurückliegenden Rezessionsphase zu verzeichnen gewesen war. Eine gewisse Ver-

besserung deutete sich indes im zweiten Quartal an: Der Beschäftigtenrückgang hielt zwar an, betrug aber „nur“ noch 110 000 Personen. Die Zahl der Arbeitslosen ging bei dieser Beschäftigungsentwicklung im Laufe des ersten Halbjahres allein aus saisonalen Gründen zurück, saisonbereinigt stieg sie weiter auf 2,3 Millionen. Eine spürbare Verbesserung gab es allerdings bei der registrierten Kurzarbeit. Nachdem die Zahl der verkürzt arbeitenden Personen im Januar mit 1,2 Mill. einen Rekordstand erreicht hatte, sank sie bis zur Jahresmitte auf rund 0,5 Mill.; sie war damit nicht viel höher als Mitte 1982. Die Arbeitslosigkeit entwickelte sich im Laufe des ersten Halbjahres für die Frauen ungünstiger als für die Männer. Der An-

¹ Vgl. Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1970 bis 1981; Ergebnis einer Revision der Erwerbstätigenzahlen. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 11/1982.

Entwicklung der Beschäftigtenzahl

Veränderung gegenüber dem Vorquartal¹⁾

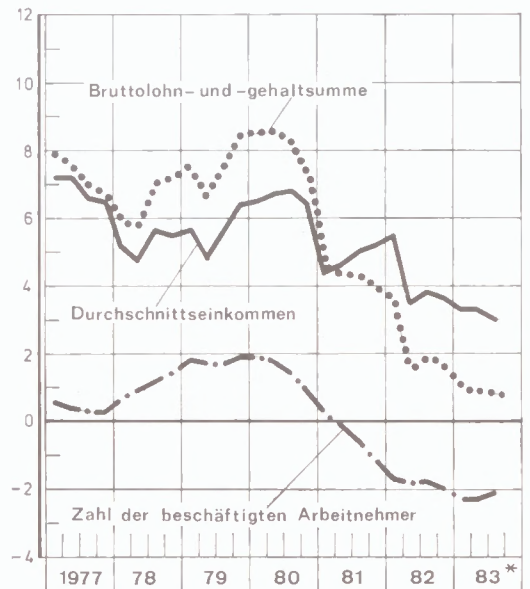


¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.

DIW 83

Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen in der Bundesrepublik Deutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr in vH



*3. Quartal 1983 geschätzt.

DIW 83

stieg bei den Frauen setzte sich nur wenig abgeschwächt fort, während bei den Männern nach den Wintermonaten, d.h. seit März, saisonbereinigt keine weitere Zunahme zu verzeichnen war.

Das Stellenangebot behielt — auf extrem niedrigem Niveau — saisonbereinigt seine sinkende Tendenz bei. Eine Verbesserung der Gesamtlage am Arbeitsmarkt hat sich hier also bis zur Jahresmitte nicht angekündigt.

Beschäftigung

Wenn auch gegenüber dem Vorquartal abgeschwächt, hat sich der Rückgang der Beschäftigtenzahl im zweiten Vierteljahr 1983 fortgesetzt. In saisonbereinigter Rechnung haben damit in den beiden ersten Vierteln dieses Jahres noch einmal mehr als eine Viertelmillion Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz eingebüßt. Von den Beschäftigungsverlusten waren alle großen Gruppen des produzierenden Gewerbes, aber auch der Handels- und Verkehrssektor betroffen, allerdings mit unterschiedlicher Intensität. Vergleicht man den prozentualen Rückgang der saisonbereinigten Beschäftigtenzahl in den einzelnen Wirtschaftsbereichen, so fällt auf, daß das Baugewerbe im Laufe des ersten Halbjahres mit 3,2 vH weit überdurchschnittliche Beschäftigungseinbußen hinnehmen

mußte (gesamtwirtschaftlicher Durchschnitt -1,2 vH). In den Hauptgruppen des verarbeitenden Gewerbes streute der Rückgang zwischen 2 vH bei den Grundstoff- und Produktionsgütererzeugern und 2,6 vH im Verbrauchsgütergewerbe. Kaum geringer war der Rückgang beim Investitionsgütergewerbe. Hinter der Rate von -2,5 vH steht hier aber der größte absolute Beschäftigungsrückgang aller großen Sektoren; er betrug 100 000 Personen.

Relativ gering waren die Beschäftigungsrückgänge im verteilenden Bereich; gegenüber dem vierten Quartal 1982 beliefen sie sich bis zur Jahresmitte beim Handel auf 1 vH und beim Verkehr — hier sank die Zahl der Beschäftigten der Bundesbahn mit 3 vH sehr kräftig — auf -0,7 vH. Im Dienstleistungssektor wurde insgesamt ein geringer Beschäftigungsgewinn von 0,2 vH erreicht; die positive Entwicklung im Bereich des öffentlichen Dienstes und im Gastgewerbe ist vermutlich auf eine zunehmende Zahl von Teilzeitbeschäftigten zurückzuführen.

Die deutliche Streuung des relativen Beschäftigungsrückganges zwischen den Sektoren zeigt sich auch beim Vergleich des zweiten Quartals 1983 mit der entsprechenden Vorjahresperiode (vgl. Tabelle „Beschäftigung und Einkommen der Arbeitnehmer im zweiten Quartal 1983“). Auch hier ist der prozentuale Rückgang des verarbeitenden Gewerbes (-4,8 vH)

Beschäftigung und Einkommen der Arbeitnehmer¹⁾ in der Bundesrepublik Deutschland²⁾ im 1. Quartal 1983

Wirtschaftsbereich	Absolute Zahlen								Veränderung gegen- über Vorjahr in vH			
	Männer				Frauen							
	Gesamt	Arbeiter	Angest. u. Beamte	Auszu- bildende	Gesamt	Arbeiter	Angest. u. Beamte	Auszu- bildende	Ins- gesamt	Männer	Frauen	Ins- gesamt
Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1 000 Personen)												
Land- und Forstwirtschaft	168	109	26	33	63	33	17	13	231	-2,3	-1,6	-2,1
Bergbau	220	168	37	15	9	3	6	0	229	-2,2	.	-2,1
Energiewirtschaft	207	110	90	7	33	6	27	0	240	2,0	0,0	1,7
Verarbeitendes Gewerbe 3)	5 575	3 651	1 470	454	2 369	1 440	762	167	7 944	-4,6	-4,4	-4,6
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	1 176	810	320	46	279	121	139	19	1 455	-4,2	-2,4	-3,9
Investitionsgüter	3 029	1 902	837	290	1 000	577	367	56	4 029	-4,1	-3,5	-3,9
Verbrauchsgüter	916	650	204	62	781	590	144	47	1 697	-7,0	-6,7	-6,9
Nahrungs- u. Genußmittel	454	289	109	56	309	152	112	45	763	-4,4	-3,4	-4,0
Baugewerbe	1 163	849	157	157	121	13	97	11	1 284	-6,1	-1,6	-5,7
Produzierendes Gewerbe	7 165	4 778	1 754	633	2 532	1 462	892	178	9 697	-4,6	-4,2	-4,5
Handel	1 289	450	674	165	1 666	234	1 200	232	2 955	-2,3	-1,4	-1,8
Verkehr 4)	1 113	492	567	54	304	82	211	11	1 417	-1,6	-0,3	-1,3
Handel und Verkehr	2 402	942	1 241	219	1 970	316	1 411	243	4 372	-2,0	-1,2	-1,6
Öffentlicher Dienst 5)	2 433	412	1 978	43	1 369	232	1 084	53	3 802	-0,5	1,4	0,2
Geld-, Bank- u. Vers.-wesen	468	13	412	43	453	22	393	38	921	1,7	2,3	2,0
Gaststättenwesen	198	98	79	21	286	164	113	9	484	0,5	1,8	1,3
Häusliche Dienste	1	-	1	-	234	147	76	11	235	.	-1,3	-1,3
Dienstleistungshandwerk 6)	159	131	17	11	458	313	79	66	617	0,0	0,7	0,5
Sonstige Dienstleistungen 7)	602	182	384	36	964	218	652	94	1 566	0,3	-0,2	0,0
Dienstleistungen, gesamt	3 861	836	2 871	154	3 764	1 096	2 397	271	7 625	0,0	0,9	0,4
Insgesamt	13 596	6 665	5 892	1 039	8 329	2 907	4 717	705	21 925	-2,9	-1,2	-2,3
Bruttolöhne und -gehälter (in Mill. DM) 8)												
Land- und Forstwirtschaft	944	632	261	51	280	143	117	20	1 224	1,0	2,6	1,3
Bergbau	2 136	1 501	595	40	82	19	63	0	2 218	-0,7	.	-0,5
Energiewirtschaft	2 105	1 013	1 077	15	285	38	247	0	2 390	5,8	4,0	5,6
Verarbeitendes Gewerbe 3)	51 040	29 848	20 436	756	14 546	7 810	6 462	274	65 586	-2,6	-1,4	-2,4
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	11 808	6 849	4 876	83	2 017	687	1 296	34	13 825	-2,1	0,4	-1,8
Investitionsgüter	28 005	15 821	11 708	476	6 715	3 341	3 284	90	34 720	-3,0	-1,8	-2,8
Verbrauchsgüter	7 511	4 873	2 531	107	4 260	3 027	1 155	78	11 771	-2,8	-2,3	-2,6
Nahrungs- u. Genußmittel	3 716	2 305	1 321	90	1 554	755	727	72	5 270	-1,0	0,3	-0,6
Baugewerbe	7 716	5 530	1 879	307	774	79	674	21	8 490	0,7	1,8	0,8
Produzierendes Gewerbe	62 997	37 892	23 987	1 118	15 687	7 946	7 446	295	78 684	-1,9	-1,1	-1,8
Handel	10 279	3 090	6 925	264	9 263	1 212	7 687	364	19 542	1,5	2,9	2,1
Verkehr 4)	9 111	3 731	5 283	97	2 118	413	1 686	19	11 229	2,0	3,6	2,3
Handel und Verkehr	19 390	6 821	12 208	361	11 381	1 625	9 373	383	30 771	1,7	3,0	2,2
Öffentlicher Dienst 5)	23 924	3 151	20 695	78	11 299	1 187	10 017	95	35 223	3,2	5,6	4,0
Geld-, Bank- u. Vers.-wesen	4 468	99	4 283	86	3 228	120	3 033	75	7 696	5,9	7,0	6,4
Gaststättenwesen	1 406	627	745	34	1 331	702	615	14	2 737	4,3	5,7	5,0
Häusliche Dienste	9	-	9	-	984	572	397	15	993	.	2,4	2,5
Dienstleistungshandwerk 6)	905	731	157	17	1 869	1 305	465	99	2 774	3,3	4,5	4,1
Sonstige Dienstleistungen 7)	5 032	1 244	3 728	60	4 966	1 046	3 768	152	9 998	3,4	3,6	3,5
Dienstleistungen, gesamt	35 744	5 852	29 617	275	23 677	4 932	18 295	450	59 421	3,6	5,2	4,2
Insgesamt	119 075	51 197	66 073	1 805	51 025	14 646	35 231	1 148	170 100	0,3	2,6	1,0
Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM)												
Land- und Forstwirtschaft	1 873	1 933	3 346	515	1 481	1 444	2 294	513	1 766	3,4	4,2	3,5
Bergbau	3 236	2 978	5 360	889	3 037	2 111	3 500	.	3 229	1,5	.	1,6
Energiewirtschaft	3 390	3 070	3 989	714	2 879	2 111	3 049	.	3 319	3,7	4,0	3,8
Verarbeitendes Gewerbe 3)	3 052	2 725	4 634	555	2 047	1 808	2 827	547	2 752	2,1	3,1	2,3
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	3 547	2 819	5 079	601	2 410	1 893	3 108	596	3 167	2,2	3,0	2,2
Investitionsgüter	3 082	2 663	4 663	547	2 238	1 930	2 983	536	2 873	1,1	1,7	1,2
Verbrauchsgüter	2 733	2 499	4 136	575	1 818	1 710	2 674	553	2 312	4,5	4,7	4,5
Nahrungs- u. Genußmittel	2 728	2 659	4 040	536	1 676	1 656	2 164	533	2 302	3,6	3,8	3,5
Baugewerbe	2 212	2 171	3 989	652	2 132	2 026	2 316	636	2 204	7,3	3,5	7,0
Produzierendes Gewerbe	2 931	2 644	4 559	589	2 065	1 812	2 783	552	2 705	2,8	3,2	2,9
Handel	2 658	2 289	3 425	533	1 853	1 726	2 135	523	2 204	3,9	4,3	4,0
Verkehr 4)	2 729	2 528	3 106	599	2 322	1 679	2 664	576	2 641	3,7	3,9	3,7
Handel und Verkehr	2 691	2 414	3 279	549	1 926	1 714	2 214	525	2 346	3,8	4,3	3,9
Öffentlicher Dienst 5)	3 278	2 549	3 488	605	2 751	1 705	3 080	597	3 088	3,7	4,2	3,8
Geld-, Bank- u. Vers.-wesen	3 182	2 538	3 465	667	2 375	1 818	2 573	658	2 785	4,1	4,6	4,3
Gaststättenwesen	2 367	2 133	3 143	540	1 551	1 427	1 814	519	1 885	3,8	3,9	3,7
Häusliche Dienste	3 000	-	3 000	-	1 402	1 297	1 741	455	1 409	.	5,7	3,8
Dienstleistungshandwerk 6)	1 897	1 860	3 078	515	1 360	1 390	1 962	500	1 499	3,3	3,8	3,6
Sonstige Dienstleistungen 7)	2 786	2 278	3 236	556	1 717	1 599	1 926	539	2 128	3,1	3,8	3,5
Dienstleistungen, gesamt	3 086	2 333	3 439	595	2 097	1 500	2 544	554	2 598	3,6	4,3	3,8
Insgesamt	2 919	2 560	3 738	579	2 042	1 679	2 490	543	2 586	3,3	3,9	3,3

1) Einschl. Heimarbeiter. - 2) Einschl. Berlin (West). - 3) Einschl. produzierendes Handwerk und sonst. Kleingewerbe. - 4) Einschl. Bundesbahn und Bundespost. - 5) Einschl. Soldaten. - 6) U.a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Friseur-, Gebäudereinigung. - 7) U.a. Organisationen ohne Erwerbscharakter und freie Berufe. - 8) Abweichungen der Bruttolohn- und -gehaltssumme von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergeben sich durch weitergehende sektorale Differenzierung. -

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Beschäftigung und Einkommen der Arbeitnehmer¹⁾ in der Bundesrepublik Deutschland²⁾ im 2. Quartal 1983

Wirtschaftsbereich		Absolute Zahlen								Veränderung gegen- über Vorjahr in vH			
		Männer				Frauen				Ins- gesamt	Männer	Frauen	Ins- gesamt
		Gesamt	Arbeiter	Angest. u. Beamte	Auszu- bildende	Gesamt	Arbeiter	Angest. u. Beamte	Auszu- bildende				
Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1 000 Personen)													
Land- und Forstwirtschaft	177	118	26	33	68	38	17	13	245	-2,2	-1,4	-2,0	
Bergbau	218	166	37	15	9	3	6	0	227	-3,1	.	-3,0	
Energiewirtschaft	211	113	91	7	33	6	27	0	244	1,4	0,0	1,2	
Verarbeitendes Gewerbe 3)	5 525	3 618	1 454	453	2 346	1 425	754	167	7 871	-4,8	-4,6	-4,8	
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	1 173	810	317	46	278	121	138	19	1 451	-4,3	-2,8	-4,0	
Investitionsgüter	2 996	1 879	828	289	989	570	363	56	3 985	-4,6	-4,0	-4,4	
Verbrauchsgüter	906	643	201	62	774	584	143	47	1 680	-6,7	-6,1	-6,4	
Nahrungs-u. Genußmittel	450	286	108	56	305	150	110	45	755	-4,3	-4,4	-4,3	
Baugewerbe	1 230	924	156	150	120	13	96	11	1 350	-5,4	-2,4	-5,1	
Produzierendes Gewerbe	7 184	4 821	1 738	625	2 508	1 447	883	178	9 692	-4,7	-4,4	-4,6	
Handel	1 288	450	674	164	1 664	234	1 200	230	2 952	-2,4	-1,5	-1,9	
Verkehr 4)	1 109	489	566	54	302	81	210	11	1 411	-1,7	-1,0	-1,5	
Handel und Verkehr	2 397	939	1 240	218	1 966	315	1 410	241	4 363	-2,0	-1,5	-1,8	
Öffentlicher Dienst 5)	2 432	412	1 977	43	1 371	232	1 086	53	3 803	-0,4	1,3	0,2	
Geld-, Bank- u. Vers.-wesen	469	13	413	43	455	22	395	38	924	2,0	2,2	2,1	
Gaststättenwesen	200	100	79	21	301	176	116	9	501	1,0	1,7	1,4	
Häusliche Dienste	1	-	1	-	233	146	76	11	234	.	-1,3	-1,3	
Dienstleistungshandwerk 6)	159	131	17	11	459	314	79	66	618	0,0	0,7	0,5	
Sonstige Dienstleistungen 7)	601	182	383	36	954	215	645	94	1 555	0,2	0,1	0,1	
Dienstleistungen, gesamt	3 862	838	2 870	154	3 773	1 105	2 397	271	7 635	0,1	0,9	0,5	
Insgesamt	13 620	6 716	5 874	1 030	8 315	2 905	4 707	703	21 935	-2,9	-1,3	-2,3	
Bruttolöhne und -gehälter (in Mill. DM) 8)													
Land- und Forstwirtschaft	997	685	261	51	303	166	117	20	1 300	1,1	2,4	1,4	
Bergbau	2 203	1 551	612	40	84	21	63	0	2 287	-1,6	.	-1,3	
Energiewirtschaft	2 158	1 046	1 097	15	287	38	249	0	2 445	5,0	4,0	4,9	
Verarbeitendes Gewerbe 3)	55 510	32 647	22 091	772	15 734	8 543	6 913	278	71 244	-1,2	-0,3	-1,0	
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	12 871	7 580	5 207	84	2 199	766	1 399	34	15 070	-1,9	-0,1	-1,7	
Investitionsgüter	30 821	17 501	12 831	489	7 333	3 696	3 545	92	38 154	-0,8	0,2	-0,6	
Verbrauchsgüter	7 935	5 153	2 674	108	4 580	3 278	1 223	79	12 515	-2,2	-1,2	-1,8	
Nahrungs-u. Genußmittel	3 883	2 413	1 379	91	1 622	803	746	73	5 505	-0,3	-0,1	-0,3	
Baugewerbe	11 327	8 992	2 039	296	817	85	711	21	12 144	-2,6	1,4	-2,3	
Produzierendes Gewerbe	71 198	44 236	25 839	1 123	16 922	8 687	7 936	299	88 120	-1,3	-0,1	-1,1	
Handel	10 351	3 109	6 976	266	9 324	1 219	7 742	363	19 675	1,3	2,5	1,8	
Verkehr 4)	9 105	3 721	5 287	97	2 111	409	1 683	19	11 216	1,3	2,4	1,5	
Handel und Verkehr	19 456	6 830	12 263	363	11 435	1 628	9 425	382	30 891	1,3	2,5	1,7	
Öffentlicher Dienst 5)	23 908	3 159	20 671	78	11 323	1 191	10 037	95	35 231	2,3	4,5	3,0	
Geld-, Bank- u. Vers.-wesen	4 499	100	4 313	86	3 258	121	3 062	75	7 757	5,7	6,5	6,0	
Gaststättenwesen	1 425	642	749	34	1 406	757	635	14	2 831	4,3	5,2	4,8	
Häusliche Dienste	9	-	9	-	984	570	399	15	993	.	2,0	2,1	
Dienstleistungshandwerk 6)	911	735	159	17	1 882	1 316	467	99	2 793	2,9	4,1	3,7	
Sonstige Dienstleistungen 7)	5 057	1 252	3 745	60	4 947	1 038	3 756	153	10 004	3,0	3,7	3,3	
Dienstleistungen, gesamt	35 809	5 888	29 646	275	23 800	4 993	18 356	451	59 609	2,9	4,5	3,5	
Insgesamt	127 460	57 639	68 009	1 812	52 460	15 474	35 834	1 152	179 920	0,3	2,5	0,9	
Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM)													
Land- und Forstwirtschaft	1 878	1 935	3 346	515	1 485	1 456	2 294	513	1 769	3,4	3,9	3,5	
Bergbau	3 369	3 114	5 514	889	3 111	2 333	3 500	.	3 358	1,6	.	1,7	
Energiewirtschaft	3 409	3 086	4 018	714	2 899	2 111	3 074	.	3 340	3,5	4,0	3,6	
Verarbeitendes Gewerbe 3)	3 349	3 008	5 064	568	2 236	1 998	3 056	555	3 017	3,8	4,5	3,9	
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	3 658	3 119	5 475	609	2 637	2 110	3 379	596	3 462	2,5	2,7	2,5	
Investitionsgüter	3 429	3 105	5 165	644	2 472	2 161	3 255	548	3 191	3,9	4,4	4,0	
Verbrauchsgüter	2 919	2 671	4 434	581	1 972	1 871	2 851	560	2 483	4,8	5,2	4,9	
Nahrungs-u. Genußmittel	2 876	2 812	4 256	542	1 773	1 784	2 261	541	2 430	4,1	4,5	4,2	
Baugewerbe	3 070	3 244	4 357	658	2 269	2 179	2 469	636	2 999	3,0	3,9	3,0	
Produzierendes Gewerbe	3 304	3 059	4 956	599	2 249	2 001	2 996	560	3 031	3,6	4,5	3,8	
Handel	2 679	2 303	3 450	541	1 868	1 736	2 151	526	2 222	3,7	4,1	3,8	
Verkehr 4)	2 737	2 536	3 114	599	2 330	1 683	2 671	576	2 650	3,0	3,4	3,1	
Handel und Verkehr	2 706	2 425	3 297	555	1 939	1 723	2 228	528	2 360	3,4	4,0	3,6	
Öffentlicher Dienst 5)	3 277	2 556	3 485	605	2 753	1 711	3 081	597	3 088	2,7	3,1	2,8	
Geld-, Bank- u. Vers.-wesen	3 198	2 564	3 481	667	2 387	1 833	2 584	658	2 798	3,6	4,2	3,8	
Gaststättenwesen	2 375	2 140	3 160	540	1 557	1 434	1 825	519	1 884	3,3	3,5	3,3	
Häusliche Dienste	3 000	-	3 000	-	1 408	1 301	1 750	455	1 415	.	3,3	3,4	
Dienstleistungshandwerk 6)	1 910	1 870	3 118	515	1 367	1 397	1 970	500	1 506	2,9	3,4	3,2	
Sonstige Dienstleistungen 7)	2 805	2 293	3 259	556	1 729	1 609	1 941	543	2 144	2,8	3,6	3,2	
Dienstleistungen, gesamt	3 091	2 342	3 443	595	2 103	1 506	2 553	555	2 602	2,9	3,6	3,1	
Insgesamt	3 119	2 861	3 859	586	2 103	1 776	2 538	546	2 734	3,3	3,9	3,3	
1) Einschl. Heimarbeiter. - 2) Einschl. Berlin (West). - 3) Einschl. produzierendes Handwerk und sonst. Kleingewerbe. - 4) Einschl. Bundesbahn und Bundespost. - 5) Einschl. Soldaten. - 6) U.a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Frisuren, Gebäudereinigung. - 7) U.a. Organisationen ohne Erwerbscharakter und freie Berufe. - 8) Abweichungen der Bruttolohn- und -gehaltssumme von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergeben sich durch weitergehende sektorale Differenzierung. -													
Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.													

1) Einschl. Heimarbeiter. - 2) Einschl. Berlin (West). - 3) Einschl. produzierendes Handwerk und sonst. Kleingewerbe. - 4) Einschl. Bundesbahn und Bundespost. - 5) Einschl. Soldaten. - 6) U.a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Friseure, Gebäudereinigung. - 7) U.a. Organisationen ohne Erwerbscharakter und freie Berufe. - 8) Abweichungen der Bruttolohn- und -gehaltssumme von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergeben sich durch weitergehende sektorale Differenzierung.

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Saisonbereinigte Entwicklung der Beschäftigtenzahl¹⁾
in 1000

	1980		1981				1982				1983	
	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II
Land- u. Forstwirtschaft	241	240	242	251	250	247	246	247	245	242	243	242
Produzierendes Gewerbe	10 752	10 712	10 659	10 578	10 482	10 379	10 256	10 190	10 098	9 961	9 818	9 718
dar.: Verarb. Gewerbe	8 724	8 685	8 637	8 573	8 508	8 440	8 360	8 293	8 203	8 088	7 986	7 898
Baugewerbe	1 548	1 543	1 539	1 526	1 501	1 473	1 425	1 422	1 417	1 393	1 360	1 349
Handel und Verkehr	4 478	4 493	4 499	4 497	4 486	4 471	4 458	4 451	4 433	4 409	4 388	4 371
Dienstleistungen	7 537	7 563	7 592	7 613	7 623	7 630	7 633	7 635	7 647	7 658	7 665	7 672
Beschäftigte, gesamt	23 008	23 008	22 992	22 938	22 841	22 728	22 592	22 523	22 422	22 270	22 113	22 003

1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.
Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Entwicklung von Effektiv- und Tariflöhnen¹⁾ und -gehältern in ausgewählten Wirtschaftszweigen²⁾

	1980				1981				1982				1983	
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II
Zunahme gegenüber Vorjahr in vH														
Arbeiter														
effektiv	9,2	7,1	7,6	5,4	2,1	5,4	4,9	5,2	5,8	3,1	3,2	3,7	2,2	3,1
tariflich 3)	4,2	6,6	7,5	7,5	7,3	6,0	4,9	4,8	4,6	4,5	3,8	3,9	4,0	3,7
Angestellte														
effektiv	5,8	7,5	7,4	7,3	5,9	5,5	5,8	5,0	5,2	3,8	4,0	3,5	3,5	3,5
tariflich 3)	3,8	6,1	6,8	6,8	6,8	4,1	4,8	4,9	4,7	4,8	4,1	4,0	4,1	3,9
Differenz zwischen effektiver und tariflicher Veränderungsrate														
Arbeiter	5,0	0,5	0,1	-2,1	-5,2	-0,6	0,0	0,4	1,2	-1,4	-0,6	-0,2	-1,8	-0,6
Angestellte	2,0	1,4	0,6	0,5	-0,9	1,4	1,0	0,1	0,5	-1,0	-0,1	-0,5	-0,6	-0,4

1) Berechnungsbasis: Tarifliche Wochenlöhne. - 2) Produzierendes Gewerbe, Handel, Verkehr und öffentlicher Dienst, bei den Angestellten zusätzlich Geld-, Bank- und Versicherungswesen. - 3) Jeweils der erste Monat eines Vierteljahres.
Quelle: Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie 16, Löhne und Gehälter, Reihe 4.3, Index der Tariflöhne und -gehälter, Berechnungen des DIW.

mehr als doppelt so groß wie der Rückgang im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt (-2,3 vH). Von den Zweigen des verarbeitenden Gewerbes war der Rückgang bei der eischaffenden Industrie mit 7,6 vH wiederum der weit überdurchschnittlich. Innerhalb des Investitionsgütergewerbes hat der Zweig Feinmechanik und Optik mit Einbußen von fast 10 vH besonders schlecht abgeschnitten, während die von der absoluten Zahl der Beschäftigten her bedeutendsten Branchen, der Maschinenbau und die Elektrotechnik, mit -4,5 vH relativ ebenso viel Beschäftigte abgaben wie das verarbeitende Gewerbe im Durchschnitt. In der nächstgrößten Branche, dem Straßenfahrzeugbau, verringerte sich dagegen die Beschäftigtenzahl nur um knapp 2 vH. Den Spitzenplatz in der Beschäftigungsentwicklung nahm weiterhin der Zweig „Her-

stellung von ADV-Geräten“ ein, der seine Beschäftigtenzahl im Vorjahresvergleich um 7,5 vH gesteigert hat. Neben diesem war im zweiten Quartal dieses Jahres nur noch die NE-Metallerzeugung mit einem positiven Vorzeichen ihrer Beschäftigungsentwicklung zu finden.

Bei einer Betrachtung nach der Stellung im Beruf zeigen sich im Berichtsquartal (wiederum im Vorjahresvergleich) weiterhin erhebliche Unterschiede: Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist weitaus stärker gesunken (-4,3 vH) als die der Angestellten und Beamten (-0,5 vH). Eine erhebliche Rolle bei dieser Differenzierung hat die immer noch deutliche Zunahme der Beschäftigung von Angestellten in den Dienstleistungssektoren gespielt. Sie konnte den kräftigen Rückgang bei den beschäftigten Angestellten im pro-

Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeiterstunden
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH

	1981		1982				1983	
	III	IV	I	II	III	IV	I	II
Verarb.Gewerbe 1)	-0,7	0,1	0,7	0,6	-1,3	-2,7	-1,0	0,7
Bauhauptgewerbe	-0,1	-2,7	0,5	-1,1	-0,4	7,8	3,2	0,9

1) Einschl. Bergbau. Nur Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.
Quellen: Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie 4, Produzierendes Gewerbe, Reihe 4.1.1, Beschäftigung, Umsatz und Energieversorgung der Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe; Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft.

duzierenden Gewerbe (-2,6 vH) weitgehend ausgleichen.

Durchschnittseinkommen

Die Entwicklung der durchschnittlichen Monatseinkommen der Arbeitnehmer ist im Verlauf dieses Jahres dem tariflichen Trend gefolgt. Abweichungen in der Entwicklung der Durchschnittsbezüge lassen sich weitgehend mit Veränderungen der durchschnittlichen Arbeitszeit sowie mit zeitlichen Unterschieden zwischen den neu abgeschlossenen Tarifverträgen und der Auszahlung der erhöhten Bezüge erklären. Die tarifliche Erhöhung aus der Lohnrunde 1983 streute eng um die Rate von 3 vH (siehe Tabelle). Berücksichtigt man die auf 15 Monate ausgehandelte Laufzeit des neuen Tarifvertrags beim Volkswagenwerk, so nähern sich die dort abgeschlossenen 4 vH ebenfalls dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Unterhalb dieses Durchschnitts blieben die Abschlüsse in der Stahlindustrie und im öffentlichen Dienst. In diesen Bereichen wurde außerdem die Gesamterhöhung der Tarife auf zwei bzw. drei Stufen verteilt.

Im zweiten Viertel dieses Jahres waren die durchschnittlichen Monatseinkommen der beschäftigten Arbeitnehmer um 3,3 vH höher als ein Jahr zuvor. Sek-

toral betrachtet, stiegen die Einkommen der im verarbeitenden Gewerbe Beschäftigten mit 3,9 vH am stärksten. Der in diesem Sektor besonders große Anteil der arbeitszeitabhängigen Bezahlung gab hierfür den Ausschlag; die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden war um 0,7 vH höher als in der entsprechenden Vorjahresperiode. Bei den Beschäftigten im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich ist dieser Arbeitzeiteffekt allerdings nicht zum Tragen gekommen, wohl eine Folge der hohen Kurzarbeiterzahl vor allem in der Stahlindustrie. Mit 2,5 vH entsprach hier die durchschnittliche Effektivbezahlung weitgehend der zum 1.4. vereinbarten tariflichen Entwicklung. Ähnliche Gründe dürfte der deutlich unterdurchschnittliche Anstieg der Bezahlung im Bergbau haben. Dennoch liegt hier die Bezahlung, dem absoluten Betrage nach, weiterhin mit an der Spitze der einzelnen Sektoren. Der durchschnittliche Bruttolohn im Bergbau berechnet sich für das zweite Quartal 1983 mit rund 3 360 DM; er wurde nur im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe übertroffen, wo er rund 3 460 DM betragen hat.

Die im Laufe der rezessiven Entwicklung immer geringer gewordenen Lohn- und Gehaltsaufbesserungen hatten zunächst nicht die erhofften kostenentlastenden Effekte für die Unternehmen. Infolge von Produktivitätseinbußen, die sich bei abnehmender Produktion in der Industrie wie auch in der Gesamtwirtschaft ergaben, sind die Lohnstückkosten nicht der effektiven Bezahlung gefolgt; im verarbeitenden Gewerbe stiegen sie in den Jahren 1981 und 1982 noch um fast 5 bzw. 3,5 vH. Im Berichtsquartal haben sie ihr entsprechendes Vorjahresniveau indes kaum noch (+ 0,1 vH) übertroffen. Die erwarteten kostendämpfenden Effekte haben sich erst ergeben, als sich die Produktivität im Gefolge der Produktionsbelebung wieder kräftig erhöhte. In der Gesamtwirtschaft, wo die Produktionszunahme im ersten Halbjahr etwas weniger ausgeprägt war als beim verarbeitenden Gewerbe, lagen die Lohnkosten je Produkteinheit mit 0,5 vH ebenfalls nur wenig über dem Niveau in der entsprechenden Vorjahreszeit.

Beschäftigung, Bruttolöhne und -gehälter sowie Durchschnittseinkommen
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH

	1981	1982	1981				1982				1983		
			I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III ¹⁾
Beschäftigung	-0,5	-1,8	0,2	-0,2	-0,6	-1,2	-1,7	-1,8	-1,8	-2,0	-2,3	-2,3	-2
Bruttolöhne und -gehälter	4,3	2,1	4,6	4,3	4,3	3,9	3,6	1,6	1,9	1,6	1,0	0,9	1
Durchschnittseinkommen	4,8	4,1	4,4	4,6	5,0	5,2	5,5	3,5	3,8	3,7	3,3	3,3	3

1) Schätzung, gerundet.
Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Wichtige Tarifabschlüsse 1983

Wirtschaftszweig	Tarif- erhöhung in vH	Nebenregelungen	Beginn der Laufzeit 1)
Volkswagenwerk	4,0	Verlängerung der Laufzeit der vermögenswirksamen Leistungen um sechs Jahre.	1.2.83 (15 Monate)
Chemische Industrie	3,2	Verkürzung der Arbeitszeit für Arbeitnehmer vom 58. Lebensjahr an auf 38 Wochenstunden ab 1.9.83 und auf 36 Wochenstunden ab 1.1.87 ohne Einkommenseinbußen. Im ersten Monat der Laufzeit bleibt es bei den bisherigen Tarifen.	1.5./1.6. u. 1.7.83 ²⁾ (14 Monate)
Baugewerbe	3,0	Urlaubsverlängerung ab 1984. Erhöhung der Zuschläge für Sonn- und Feiertagsarbeit.	1.4.83
Metallindustrie	3,2		1.2.83
Druckindustrie	3,2		1.4.83
Bankgewerbe	3,3	Alle Arbeitnehmer haben künftig einen Urlaubsanspruch von sechs Wochen. Arbeitnehmer im Zwei-Schicht-Dienst erhalten 20 DM Schichtzulage, im Drei-Schicht-Dienst 30 DM. Ein Rationalisierungsschutzabkommen soll mehr Arbeitsplatz- und Einkommenssicherheit bringen.	1.3.83
Versicherungsgewerbe	3,2	Rationalisierungsschutzabkommen	1.4.83
Papierverarbeitende Industrie	3,2		1.2.83
Stahlindustrie	2,6	Ab 1.4.83: 2 vH; ab 1.10.83: 3,2 vH	1.4.83
Ruhrbergbau	3,05	Für Mai statt prozentualer Erhöhung Pauschalbetrag von 50 DM	1.5.83
Textilindustrie	3,2	Pauschalbetrag von 50 DM für Mai	1.5.83
Öffentlicher Dienst, Bundesbahn, Bundespost	2,56	Erhöhung in drei Stufen: März bis Juni 1983: +2,0 vH; Juli '83 bis Februar '84: weitere 0,5 vH; März bis August '84: weitere 0,5 vH. Alle Beschäftigten, die noch keine 30 Urlaubstage haben, erhalten einen zusätzlichen Urlaubstag. Begrenzung der Altersversorgung auf 90 vH des letzten Nettoeinkommens ab 1985 (mit Besitzstandsregelung für bereits Anspruchsberechtigte).	1.3.83 (18 Monate)
Bekleidungsindustrie	3,2	Pauschalbetrag von 35 DM für Mai; 3 vH Erhöhung für Juni	1.5.83

1) Laufzeit: 12 Monate, falls nicht anders vermerkt. - 2) Regional unterschiedlich.

Ausblick

Die günstige Entwicklung der Produktion im verarbeitenden Gewerbe, die im Verlauf des ersten Halbjahres 1983 zu beobachten war, hat sich im dritten Quartal offenbar nicht fortgesetzt. Das Produktionsniveau ist wohl kaum höher gewesen als im Vorquartal. Damit haben zumindest vorübergehend die von der Produktion ausgehenden positiven Beschäftigungseffekte an Bedeutung verloren; der Rückgang der Beschäftigtenzahl dürfte sich etwa im Tempo des zweiten Quartals fortgesetzt haben. Nach den Berichten der Bundesanstalt für Arbeit wird die Beschäftigungsentwicklung gegenwärtig durch die vergrößerte Zahl der durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigten Personen spürbar verbessert. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer insgesamt war um etwa 2 vH niedriger als ein Jahr zuvor.

Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen ist indes trotz des Fehlens weiterer Beschäftigungsanstöße praktisch nicht mehr gestiegen. Offenbar spielen hier Entwicklungen eine Rolle, die vom Erwerbsverhalten und dem Erwerbspersonenpotential ausgehen. Dieses scheint in letzter Zeit deutlich schwächer zuzunehmen als vorher; das ausländische Erwerbspersonenpotential in der Bundesrepublik dürfte dabei, wie auch die Bundesanstalt für Arbeit vermutet, sogar rückläufig sein. Insgesamt betrug die Zahl der Arbeitslosen im September reichlich 2,1 Millionen, saisonbereinigt waren dies mehr als 2,3 Millionen. Nach wie vor steigend ist die Tendenz der Arbeitslosigkeit bei den Frauen; hier wird besonders spürbar, daß sektoral gesehen eine Verbesserung der Beschäftigungslage vor allem im Baugewerbe vorliegt, die weiblichen Arbeitnehmern nicht zugute kommt. Die Zahl der

Kurzarbeiter betrug Mitte September 470 000, fast 100 000 mehr als im August. Der Anstieg war durch das Ende der Urlaubszeit bedingt, das wieder mehr Unternehmen zur Beantragung von Kurzarbeit veranlaßte. Erfreulich ist, daß die Zahl der Kurzarbeiter aber erstmals wieder niedriger war als in der entsprechenden Vorjahreszeit — um mehr als 100 000.

Die Entwicklung der Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer ist weiterhin auf der tariflich vorgezeichneten Linie geblieben. Sie dürften um etwas mehr als 3 vH höher gewesen sein als im dritten Quartal 1982. Die Einkommenseffekte, die auch von der Entwicklung der Beschäftigtenzahl bestimmt werden, waren noch geringer; die Bruttolohn- und -gehaltssumme war abermals nur um rund 1 vH höher als ein Jahr zuvor.

Bei einer Würdigung der Arbeitsmarktentwicklung im dritten Quartal dieses Jahres muß vor voreiligem Optimismus gewarnt werden. Die Hoffnung, der saisonbereinigte Anstieg der Arbeitslosigkeit sei nun endgültig zu Ende gekommen, ist von den gesamtwirtschaftlichen Produktionsdaten her noch nicht begründet. Wenn auch im weiteren Jahresverlauf mit einem erneuten Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion gerechnet werden kann — Impulse werden wiederum von der Bauwirtschaft und den Auslieferungen von investitionszulagebegünstigten Investitionsgütern kommen —, wird der Anstieg doch weitgehend aus Produktivitätssteigerungen alimentiert werden; durchgreifende Änderungen in der Beschäftigungstendenz sind deshalb noch nicht erkennbar, so daß die Arbeitslosigkeit — abgesehen von nun ohnehin wieder ungünstiger werdenden saisonalen Einflüssen — tendenziell weiter steigen dürfte.

Weiterentwicklung des Wirtschaftsmechanismus in der DDR

Seit Beginn der achtziger Jahre sind in der DDR verstärkte Bemühungen erkennbar, die Effizienz der Wirtschaft zu erhöhen. Auslösende Faktoren waren die veränderten außenwirtschaftlichen Bedingungen, hauptsächlich die durch die Verteuerung von Rohstoffen und Energieträgern verursachte und vermutlich dauerhafte Verschlechterung der Terms of Trade. Das Wirtschaftswachstum soll deshalb mit konstantem oder sogar sinkendem Rohstoffeinsatz sowie stagnierenden Investitionen erreicht und das Verhältnis von Aufwand und Ergebnis unter dem Motto einer „konsequenten Intensivierung“ grundlegend verbessert werden.

Dazu gibt es seit Anfang 1982 eine Flut gesetzlicher Neuregelungen¹. Sie konzentrierten sich vor allem darauf, die Wirtschaftlichkeit in den Kombinat zu verbessern (Neuregelung zur „wirtschaftlichen Rechnungsführung“² sowie zur Forschung und Entwicklung). Ein Teil der Bestimmungen ist aber auch als Reaktion der Wirtschaftsführung auf den wirtschaftlichen Machtzuwachs der Kombinate zu werten.

Die wirtschaftsrechtliche Ausgestaltung des Systems hält an. Dieser Bericht soll einen Überblick über die Neuregelungen in den letzten Monaten geben.

Kennziffern der Leistungsbewertung

Im DDR-Wirtschaftssystem sind die für die Kombinate und Betriebe verbindlichen Plankennziffern das zentrale Instrument zur Lenkung des Produktionsprogramms; sie dienen zugleich der Erfolgskontrolle, sollen aber auch Leistungsanreize geben. Die Ausgestaltung eines in sich konsistenten Plankennziffernsystems ist — wie die permanenten Revisionen seit Bestehen der Planwirtschaft zeigen — ein Schlüsselproblem.

In der Reformphase von 1963 bis 1970 ist die Zahl der verbindlichen Vorgaben schrittweise reduziert worden; nur für die „strukturbestimmenden“ Bereiche gab es feste Produktionsauflagen. Seit der Rezentralisierung (Ende 1970) und der Rückkehr zur vornehmlich güterwirtschaftlichen Planung ist das Kennziffernsystem wieder engmaschiger geworden. Die Zahl von 47 Kennziffern (1970) wurde mit den inzwischen erlassenen Planungsordnungen bis auf etwa 80 für die Jahresplanung erhöht (für den Fünfjahrplan sind es naturgemäß weniger). Die Nomenklatur der Plankennziffern läßt sich wie folgt gliedern:

1. Kennziffern zu Produktions- und Leistungszielen (z.B. Produktionsvolumen, Export);
2. Kennziffern zum Ressourceneinsatz und zum zulässigen Aufwand (z.B. Material, Arbeitskräfte, Lohnfonds, Investitionen);
3. Kennziffern als Effizienzanforderungen (z.B. Arbeitsproduktivität, Exportrentabilität, Grundfondsquote, d.h. Kapitalproduktivität, zeitliche Auslastung der Anlagen);
4. Kennziffern zur ökonomischen Stimulierung (z.B. Zuführung zum Prämienfonds).

Seit Mitte der siebziger Jahre gibt es in der DDR-Wirtschaftswissenschaft ähnlich wie in der der Sowjetunion verstärkt Diskussionen zum Thema Effi-

zienzrechnung, z.B. auch Versuche, neue Kennziffern zu entwickeln³. In der Planung und Abrechnung war aber bis 1980 die Hauptkennziffer die industrielle Warenproduktion (Bruttoproduktion), wenn auch weitere Vorgaben, vor allem die Arbeitsproduktivität, hervorgehoben wurden.

Als neues Steuerungskonzept ist daher zu werten, daß seit 1980 mehrere „Hauptkennziffern der Leistungsbewertung“ in Verbindung mit „weiteren qualitativen Kennziffern“ in Gesetzesform verbindlich definiert und aus der Gesamtsumme aller Kennziffern deutlich herausgehoben wurden.

Die Hauptkennziffern der Leistungsbewertung sollen als abgrenzbare, meßbare und kontrollierbare Zielgrößen auch auf Betriebsabteilungen, Meisterbereiche und Brigaden aufgeschlüsselt werden, die dann daraus ihre Aufgaben abzuleiten haben⁴. Über das sogenannte Haushaltsbuch⁵ soll die Realisierung abgerechnet werden. Es soll auch als Maßstab für die Prä-

¹ DDR-Wirtschaftssystem: Kontrollmechanismen erneut verschärft. Bearb.: Doris Cornelsen und Angela Scherzinger. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 21/1982.

² Die „wirtschaftliche Rechnungsführung“ geht über eine im Westen übliche betriebliche Kosten- und Ertragsrechnung hinaus und schließt eine Vielzahl von Bestimmungen für zweckgebundene und stimulierende Fonds auf Betriebs- und Kombinatsebene ein (Gewinnbildung und -verwendung, Preisbildung, Kreditbedingungen usw.).

³ Vgl. die Literaturübersicht in: Wirtschaftswissenschaft. Heft 2/1983, S.195.

⁴ Vgl. Presse-Informationen vom 16. Juni 1983, S. 2/3; sowie Eberhard Jahn, Karin Schinkel: Planaufschlüsselung in Betrieben und Kombinat. Berlin (Ost) 1983.

⁵ Das Haushaltsbuch (schon 1963 eingeführt) soll für das jeweilige Arbeitskollektiv Wert-, Mengen-, Zeit- und Qualitätskennziffern ausweisen sowie am Ende des Planjahrs die entsprechende Abrechnung der erbrachten Leistungen, z.B. Einhaltung des Kostenlimits, Senkung der Kosten für Ausschuß, Nacharbeit und Garantieleistungen, ermöglichen.

Kennziffern der Leistungsbewertung der Kombinate und Betriebe der Industrie

Anordnung vom Juni 1980	Anordnung vom April 1981	Anordnung vom März 1983
<u>"Grundlegende Kennziffern der Leistungsbewertung"</u> Industrielle Warenproduktion Nettoproduktion¹⁾ Grundmaterialkosten je 100 Mark Warenproduktion²⁾ <u>"Weitere qualitative Kriterien"</u> Nettogewinn³⁾ Steigerung der Arbeitsproduktivität Senkung der Selbstkosten Anteil der Erzeugnisse mit dem Gütezeichen Q Vertragsgerechte Produktion für das Inland und den Export	<u>"Grundlegende Kennziffern der Leistungsbewertung"</u> Industrielle Warenproduktion Nettoproduktion¹⁾ Grundmaterialkosten je 100 Mark Warenproduktion²⁾ <u>"Weitere qualitative Kennziffern"</u> Betriebsergebnis Steigerung der Arbeitsproduktivität Senkung der Selbstkosten Anteil der Erzeugnisse mit dem Gütezeichen Q Vertragsgerechte Produktion für das Inland und den Export Qualitäts- und termingerechte Fertigstellung von Investitionsvorhaben/Objekten	<u>"Hauptkennziffern der Leistungsbewertung"</u> Nettoproduktion¹⁾ Nettogewinn³⁾ Erzeugnisse und Leistungen für die Bevölkerung Export <u>"Weitere wichtige qualitative Kennziffern"</u> Arbeitsproduktivität auf Basis Nettoproduktion Kosten je 100 Mark Warenproduktion Produktion volkswirtschaftlich wichtiger Erzeugnisse insbesondere neuentwickelter Erzeugnisse und mit dem Gütezeichen Q Materialkosten je 100 Mark Warenproduktion²⁾

1)Nettoproduktion (vereinfacht) = Warenproduktion ./.. Materialverbrauch (Grundmaterial, Energie, sonstiges Material) ./.. Verbrauch von produktiven Leistungen (Kooperationsleistungen, Reparaturen, Transport und Lagerkosten, sonstige produktive Leistungen) ./.. Mieten und Pachten ./.. Abschreibungen.- 2) In der DDR umfaßt der Begriff "Grundmaterial" alle Arbeitsgegenstände, die die stoffliche Substanz der Produkte bilden. Es stellt damit nur einen Teil des umfassenden Begriffs "Material" dar.Material = Grundmaterial + Energie, Wasser, Brenn-, Kraft- und Schmierstoffe + sonstiges Material.- 3)Nettogewinn (vereinfacht): Einheitliches Betriebsergebnis der Betriebe oder Kombinate (d.h. unter Einschluß der Außenhandelsgewinne und -verluste) + Zuführungen entsprechend den Rechtsvorschriften ./.. Produktionsfondsabgabe ./.. Gewinne, die nicht auf eigenen ökonomischen Leistungen beruhen ./.. Gewinne aus Überschreitungen des Arbeitskräfteplanes ./.. Sanktionen, die vom Staatshaushalt vereinnahmt werden .

Quellen: Anordnung vom Juni 1980: GBl. der DDR. Teil I/1980, S. 195 ff (gültig ab Planjahr 1981).- Anordnung vom April 1981: GBl. der DDR. Teil II/1981,S. 149 ff (gültig ab Planjahr 1982).- Anordnung vom März 1983: Sonderdruck des GBl. der DDR. Nr. 1122/1983 (gültig ab Planjahr 1984).-

mienzuteilung herangezogen werden. Die Forderung nach Planaufschlüsselung ist grundsätzlich nicht neu; die bisherige Praxis ist aber Gegenstand häufiger Kritik gewesen. Außerdem dürften die Hauptkennziffern auch als Kriterien zur Kontrolle des Erfolgs der Betriebs- und Kombinatdirektoren (sowie der oberen Führungskräfte) dienen.

Die Zusammensetzung von Hauptkennziffern und weiteren wichtigen Kennziffern ist von 1980 bis 1983 verändert worden (vgl. Übersicht). Für die Planausarbeitung 1984 gelten als Hauptkennziffern der Leistungsbewertung: Nettoproduktion, Nettogewinn, Erzeugnisse und Leistungen für die Bevölkerung, Export. Die „weiteren wichtigen qualitativen Kennziffern“ beziehen sich auf die Arbeitsproduktivität, die Kosten, insbesondere die Materialkosten, sowie auf Qualität und Neuentwicklungen. Die Eliminierung der industriellen Warenproduktion als Hauptkennziffer⁶ erklärt sich aus ihren Nachteilen (Materialverschwendung, aufgeblähte Kooperation). Demgegenüber soll die „Nettoproduktion“ die eigene Wertschöpfung ausdrücken (Produktion abzüglich Materialverbrauch und Abschreibung). Der Nettogewinn ist von einer Neben- zu einer Hauptkennziffer aufgerückt und hat damit einen höheren Stellenwert. Er soll als allgemeiner Indikator vor allem die Verbesserung der Relation von Aufwand und Ergebnis wiedergeben⁷. Mit dem Ensemble von gegenwärtig 8 Kennziffern sollen so viele wichtige Zielgrößen gleichzeitig fixiert werden, daß Mängel gemindert und Möglichkeiten zur Manipulation, wie dies bei Vorgabe nur einer einzigen Kennziffer denkbar ist, eingeschränkt werden.

Erfahrungen über die Wirksamkeit der neuen Kombination von Kennziffern wurden noch nicht veröffentlicht. Im Zusammenhang mit der Einführung der „Nettoproduktion“ als Hauptkennziffer (1980) wurden in der Wirtschaftspresse der DDR jedoch schon einige schematische Rechnungen vorgeführt⁸, die hier mit einer Erweiterung um die Auswirkungen auf den Gewinn⁹ (Bruttogewinn) vorgestellt werden sollen:

In der Modellrechnung wird angenommen

- die Preise bleiben konstant,
- die industrielle Warenproduktion wird um 5 vH erhöht, die Lohnsumme um 3 vH,
- der Materialeinsatz bleibt konstant,
- Betrieb A hat in der Basisperiode eine Vorleistungsquote von 70 vH (Nettoquote von 30 vH), Betrieb B eine Vorleistungsquote von 30 vH (Nettoquote von 70 vH),
- in beiden Betrieben entfällt in der Basisperiode die Hälfte der Nettoproduktion auf den Lohnfonds.

Die Nettoproduktion ist die Differenz zwischen industrieller Warenproduktion und Produktionsverbrauch. Ihre Entwicklung hängt unter den hier getroffenen Annahmen wesentlich vom Anteil der Vorlei-

Modellrechnung

	Basisperiode		Planperiode		Veränderung (in vH)	
	A	B	A	B	A	B
1. Industrielle Warenproduktion (Vorgabe: Steigerung um 5 vH)	100	100	105	105	+ 5	+ 5
2. Produktionsverbrauch (Vorgabe: konstant)	70	30	70	30	0	0
3. Nettoproduktion (Resultat aus 1. / 2.)	30	70	35	75	+ 17	+ 7
4. Bruttolohnsumme (Vorgabe: Steigerung um 3 vH)	15	35	15,5	36,1	+ 3	+ 3
5. Bruttogewinn (Resultat aus 3. / 4.)	15	35	19,5	38,9	+ 30	+ 11

stungen an der Warenproduktion ab. Das gleiche gilt analog für den Nettogewinn. In Betrieb A steigt die Nettoproduktion um 17 vH und der Gewinn um 30 vH, in Betrieb B betragen die entsprechenden Zuwachsraten 7 vH bzw. 11 vH. Das heißt also, je niedriger die Nettoquote und die Quote des Gewinns am Bruttoproduct, desto deutlicher schlagen in diesem Beispiel Materialeinsparungen in der Zunahme von Nettoproduktion und Gewinn zu Buche. Im Prinzip geht also die Wirkung der neuen Kennziffer in die richtige Richtung. Die Betriebe werden belohnt, die im Verhältnis zu ihrer geringen Wertschöpfung hohe Produktivitätssteigerungen erzielen und bei denen die Materialeinsparungen wegen der hohen Vorleistungen volkswirtschaftlich besonderes Gewicht haben. Nicht aufge-

⁶ Die industrielle Warenproduktion gilt allerdings weiterhin in ihrer bisherigen Form als wichtige Größe der Planung (vgl. die Rede des Politbüromitgliedes Günter Mittag auf der wirtschaftswissenschaftlichen Konferenz der DDR, in: Neues Deutschland vom 30. September 1983, S. 4).

⁷ Wachstumsstabilisierung durch Veränderungen im Wirtschaftsmechanismus. Bearb.: Doris Cornelsen. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 32/1983.

⁸ Vgl. Freimut Weiske: Einige Erfahrungen bei der Anwendung der neuen Kennziffern zur Leistungsbewertung. In: Sozialistische Finanzwirtschaft. Heft 10/1980, S. 5/6; sowie Komplexe Bewertung der Leistungen. In: Die Wirtschaft. Nr. 6/1982, S. 14/15.

⁹ Die Rechnung beschränkt sich der Einfachheit halber auf den Bruttogewinn. Das Ergebnis gilt im Prinzip aber auch für den Nettogewinn (zum Zusammenhang von Brutto- und Nettogewinn vgl. die Übersicht).

deckt werden aber die Leistungsreserven der Betriebe, die bisher schon wenig sparsam gewirtschaftet haben. Sie stehen auch mit den neuen Kennziffern besser da als alle anderen Betriebe.

Für den Nettogewinn — im gewissen Grad auch für die Nettoproduktion — gelten darüber hinaus noch systembedingte Einwendungen. Die Aussagefähigkeit jeder Wertkennziffer ist von Preisen abhängig. Das geltende Preissystem in der DDR spiegelt aber — trotz zahlreicher Veränderungen — nicht die ökonomischen Knappheitsrelationen wider; der Gewinn kann deshalb nur ein unzureichender Indikator der Effizienz sein. Soweit ein Verkäufermarkt herrscht, besteht — und dies wird partiell auch in der DDR-Wirtschaftstheorie eingeräumt — außerdem die Gefahr, daß vorrangig gewinnünstige Sortimente zu Lasten des übrigen Sortiments produziert werden. So wird festgestellt: „Abgesetzte Produktion ist nicht automatisch mit Bedarfsgerechtigkeit der Produktion gleichzusetzen“¹⁰. Bedarfsgerechtigkeit sollte eine Zeitlang mit dem Indikator „vertragsgerechte Produktion“ durchgesetzt werden (so wie das bereits im jüngsten sowjetischen Reformexperiment praktiziert wird)¹¹. 1983 ist diese Zusatzkennziffer in der DDR aber wieder entfallen. Jetzt ist die zentrale Kontrolle der Sortiments- und Preisgruppenplanung der Kombinate durch einen neuen Gesetzespassus ausgedehnt worden¹². Außerdem sind grundsätzlich Gewinne, die aus Verstößen gegen die Planaufgaben beim Sortiment resultieren, an den Staatshaushalt abzuführen.

Die bisher noch bestehende Unsicherheit über die Wirkungsweise der Kennziffer „Nettogewinn“ wird durch die Forderung des für Wirtschaftsfragen zuständigen Politbüromitgliedes, Günter Mittag, bestätigt, daß das System der wirtschaftlichen Rechnungsführung erst noch so auszugestalten sei, daß höhere Gewinne auch Ausdruck von Fortschritten hinsichtlich Qualität, Bedarf, Kostensenkung und Exportrentabilität sind¹³.

Für fast alle Kennziffern gilt: Die Bewertung des erreichten Niveaus erfolgt zumeist auf der Basis von Plan-Ist-Vergleichen. Der Plan selbst ist aber nicht unbedingt mit dem objektiv Erreichbaren gleichzusetzen. Wenn im Rahmen der Planausarbeitung die Kennziffern festgelegt werden, haben die Betriebe noch Einwirkungsmöglichkeiten insbesondere dadurch, daß sie die zentralen Planungsinstanzen mit den notwendigen Informationen versorgen. Erfahrungsgemäß neigen die Betriebe dazu, Leistungsreserven zurückzuhalten, so daß der Plan nicht in dem von der Zentrale erwünschten Ausmaß „angespannte Ziele“ enthält. Dies erklärt, daß in der DDR „die Angspanntheit des Planes als ein wichtiges Kriterium der Leistung und als objektive Grundlage der Leistungsbewertung überhaupt“ immer wieder propagiert wird¹⁴. Dies Grundproblem ist aber durch eine noch

so ausgeklügelte Veränderung des Kennziffernsystems nicht zu lösen.

Neue gesetzliche Regelungen

Aus der Gesetzesflut in den letzten Monaten seien einige Bestimmungen erläutert, welche die gegenwärtigen Versuche zur weiteren Ausgestaltung des Wirtschaftsmechanismus charakterisieren:

Verordnung über die Arbeit mit Normen und Normativen des *Materialverbrauchs* und der Vorratshaltung vom 1. Juli 1982 — trat mit Veröffentlichung in Kraft — (GBI. der DDR. Teil I/1982, S. 515 ff.). *Normative* des Materialverbrauchs sind staatlich verbindliche Planaufgaben; sie bestimmen die obere Grenze des produktspezifischen Verbrauchs von volkswirtschaftlich wichtigen Materialien und Rohstoffen. *Normen* des Materialverbrauchs werden auf Betriebsebene ermittelt und sind Grundlage für die Festlegung der Normative. Als Qualitätsstufen der Normen werden unterschieden: Technisch ökonomisch begründete Materialverbrauchsnormen (rechnerisch-analytische Bestimmung des „objektiv notwendigen“ Verbrauchs); erfahrungsstatistische Materialverbrauchsnormen und vorläufige Materialverbrauchsnormen. Derzeit werden von etwa 12,5 Mill. betrieblichen Normen mehr als 95 vH des Grundmaterials und etwa 60 vH des Verbrauchs an Hilfs- und Reparaturmaterial erfaßt; 10 vH der Materialkosten in Industrie und Bauwesen werden noch nicht durch Normen geregelt¹⁵. Die neue Verordnung löst acht unterschiedliche, teilweise bis zu 10 Jahre alte Rechtsvorschriften ab und gibt straffere Anweisungen für die Ausarbeitung, die Kontrolle und den Verbindlichkeitsgrad der bestätigten Normen und Normative. Beachtlich ist, daß die Prämienregelung, durch die Leistungsanreize geschaffen werden sollen, präzisiert und ergänzt worden ist: Nicht nur die Unterbietung der Normen, sondern (bei „Bestwerten“) auch ihre Einhaltung kann prämiert werden. Trotz generell positiver Berichte über die Vorteile der Aktualisierung der Normen gibt

¹⁰ Vgl. Peter Hoß, Gerhard Schilling: Neue Anforderungen der intensiv erweiterten Reproduktion an die Leistungsbewertung der Kombinate und Betriebe. In: Wirtschaftswissenschaft. Heft 3/1983, S. 365.

¹¹ Vgl. Veränderungen im sowjetischen Wirtschaftssystem. Bearb.: Heinrich Machowski. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 38/1983.

¹² Vgl. Anordnung Nr. 4 über die Ergänzung der Ordnung der Planung der Volkswirtschaft der DDR von 1981 bis 1985 vom 31. März 1983. Sonderdruck des GBI. der DDR. Nr. 1122 (S. 6, Ziffer 4).

¹³ Vgl. Neues Deutschland vom 11. März 1983, S. 3.

¹⁴ Vgl. Die Anwendung von Kennziffern für die Darstellung volkswirtschaftlicher Endergebnisse und die Leistungsbewertung. In: Wirtschaftswissenschaft. Heft 3/1983, S. 437.

¹⁵ Vgl. Presse-Informationen vom 30. Juli 1982, S. 2.

es in DDR-Publikationen auch Kritik, z.B. daran, daß immer noch mehr Material bestellt wird, als dies durch die Normative gerechtfertigt wäre — auch hier gibt es offenbar keine ausreichende Kontrolle¹⁶.

Transportnormativanordnung vom 1. Juni 1983 — trat mit Veröffentlichung in Kraft — (GBl. der DDR. Teil I/1983, S. 166 ff.). Diese Verordnung ist Teil eines Bündels von Maßnahmen¹⁷, die auf einem Ministerratsbeschluß vom Juli 1979 basieren und zum Ziel haben, den gesamten Transportaufwand zu senken. Als Wege dazu gelten verbesserte Arbeitsteilung und Rationalisierung im Transportwesen selbst, Kontingentierung und Transportbilanzierung (durch eine spezielle Transportbilanzverordnung vom 31.12.1981) sowie die langfristige Standortoptimierung der Industrie. Mit den Transportnormativen soll das System der Normierung des Produktionsverbrauchs komplettiert werden. Die Normative wurden und werden allerdings nur schrittweise eingeführt: In der ersten Etappe (1982) experimentell im Rohrkombinat Riesa sowie in 4 weiteren Kombinat. In der zweiten Etappe, auf die sich das genannte neue Gesetz bezieht, werden weitere transportintensive Zweige einbezogen (und damit 80 vH des Binnengütertransports erfaßt): Die Kombinate der Ministerien für Kohle und Energie; für Erzbergbau, Metallurgie und Kali; für Chemische Industrie; für Bauwesen sowie für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft. Transportnormative werden als Relationskennziffern definiert (z.B. Transportkosten in Mark oder Transportleistungen, gemessen in Tonnen-Kilometern, jeweils bezogen auf den Produktionswert). Sie sollen auf Betriebs- und Kombinatsebene ausgearbeitet werden. Im Unterschied dazu handelt es sich bei den schon 1981 eingeführten *Transportkennziffern* um zentral planverbindliche Größen mit dem Charakter von Kontingenten. In der DDR verspricht man sich von der Senkung des Transportaufwandes noch entscheidende „Intensivierungsreserven“, da man trotz beachtlicher Erfolge¹⁸ in den letzten Jahren den spezifischen Transportaufwand mit Blick auf die Bundesrepublik Deutschland für zu hoch hält.

Bestandsverwertungs-Anordnung vom 14. April 1983 — trat mit Veröffentlichung in Kraft — (GBl. der DDR. Teil I/1983, S. 146 ff.). Sie bezieht sich auf Materialbestände (Roh- und Werkstoffe, Zuliefererzeugnisse, Ersatzteile), die weder im laufenden Planjahr noch im folgenden für die Produktion des Betriebes gebraucht werden. Sie sollen erfaßt und einer nutzbringenden Verwendung zugeführt werden: durch Verkauf an den Produktionsmittelhandel, den Einzelhandel, an Betriebe mit entsprechendem Bedarf, durch Export. Gegebenenfalls sind sogar die ursprünglichen Herstellerbetriebe zum Rückkauf verpflichtet, sofern die Aufarbeitung der Produkte notwendig und möglich ist. Das Gesetz bezieht sich allerdings nicht auf den viel häufigeren Fall — etwa 80 vH der in der

Volkswirtschaft vorhandenen Mehrbestände¹⁹ —, daß von den Betrieben für die laufende Produktion Reserven gehalten werden. Die bisherige Praxis der Bestandswirtschaft ist von Honecker scharf kritisiert worden: „In nicht wenigen Betrieben wirtschaftet man bei uns, als würden überplanmäßige Bestände kein Geld kosten. Offenbar läßt sich wirtschaftliche Rechnungsführung noch zu viel Spielraum für eine derartige Praxis“²⁰. Mit diesem Gesetz ist man auf eine administrative Regelung ausgewichen, um die Mißstände zu beseitigen.

Verordnung über die *Jahresrechnungsführung* in der volkseigenen Wirtschaft vom 23. Juni 1983 — trat am 1. August 1983 in Kraft — (GBl. der DDR. Teil I/1983, S. 193 ff.). Die Verordnung bezieht sich auf die Jahresrechnungsführung der Generaldirektoren der Kombinate, der Außenhandelsbetriebe und der Betriebsdirektoren vor den jeweils übergeordneten Stellen und löst eine Verordnung aus dem Jahre 1969 ab. Die Neuregelung ist detaillierter gefaßt; die Schwerpunkte der Leistungskontrolle decken das gesamte Spektrum der „Intensivierungsschwerpunkte“ ab (Nachweis der Effizienz aller Produktionsfaktoren). Insbesondere muß nachgewiesen werden, wie die geplante Exportrentabilität und das geplante Valutaaufkommen gesichert werden können. Für die Jahresrechnungsführung werden die Berichte verschiedener Kontrollinstanzen herangezogen.

Anordnung über die *Finanzierungsrichtlinie* für die volkseigene Wirtschaft vom 14. April 1983 — tritt am 1. Januar 1984 in Kraft — (GBl. der DDR. Teil I/1983, S. 110 ff.). Generell ist der in den Kombinat. und Betrieben verbleibende Teil des überplanmäßig erwirtschafteten Nettogewinns durch ein staatliches „Normativ“ begrenzt; bisher waren mindestens 50 vH davon an den Staat abzuführen. Diese Quote fehlt allerdings in der neuen Verordnung. Über den kombinatsspezifisch festgelegten Anteil hinaus können die Betriebe den überplanmäßigen Nettogewinn in gewissem Umfang für eigene Fonds verwenden, sofern er aus Exporten resultiert.

¹⁶ Vgl. Hans-Joachim Wollschläger: Höhere Wirksamkeit von Normen und Normativen zur Senkung des Produktionsverbrauchs. In: Sozialistische Finanzwirtschaft. Heft 3/1983, S. 8/9.

¹⁷ Vgl. H. Wagner: Senkung des volkswirtschaftlichen Transportaufwandes — Teil der sozialistischen Rationalisierung in der Volkswirtschaft der DDR. In: Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften der DDR. Nr. W5, 1983, S. 97 ff.; sowie Die Wirtschaft. Nr. 2/1983, S. 14.

¹⁸ 1981: Senkung des spezifischen Transportaufwandes der Volkswirtschaft um 4 vH; 1982 um 8 vH (vgl. Einheit. Heft 7/1983, S. 677).

¹⁹ Vgl. Presse-Informationen vom 8. Juli 1983, S. 5.

²⁰ Vgl. Neues Deutschland vom 27./28. November 1982, S. 4.

Anordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des *Leistungsfonds* der volkseigenen Betriebe vom 14. April 1983 — tritt am 1. Januar 1984 in Kraft — (GBl. der DDR. Teil I/1983, S.121 ff.). Diese Anordnung ist ein seltenes Beispiel für eine beträchtliche Vereinfachung bisheriger Bestimmungen. Auf die detailliert geregelten Kriterien der Zuführung zum Leistungsfonds von 1982 wurde verzichtet. Genereller Maßstab für die Zuführung zum Leistungsfonds sind nur noch der überplanmäßig erwirtschaftete Nettogewinn sowie das überplanmäßig erwirtschaftete Exportergebnis. Die generelle Höchstgrenze von 300 Mark je Vollbeschäftigteneinheit ist entfallen, allerdings gibt es für den Verwendungszweck „Arbeits- und Lebensbedingungen“ ein Limit von je 150 Mark je Vollbeschäftigteneinheit. Der Leistungsfonds wird auch zur Finanzierung der eigenen Produktion von Betriebsmitteln („Eigenproduktion von Rationalisierungsmitteln“) herangezogen. Auch über die staatliche Kennziffer Investitionsvolumen hinaus können Mittel des Leistungsfonds für den Eigenbau eingesetzt werden.

Verordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des *Prämienfonds* für volkseigene Betriebe vom 9. September 1982 — trat am 1. Januar 1983 in Kraft — (GBl. der DDR. Teil I/1982, S. 595 ff.). Sie bietet ausreichend variable Kriterien für die Zuführung zum Prämienfonds, so daß prinzipiell auch die neuen Hauptkennziffern der Leistungsbewertung berücksichtigt werden können. Einem neueren Kommentar²¹ hierzu ist zu entnehmen, daß Nettogewinn und Nettoproduktion ausschlaggebend für die Prämienfondsbildung sein sollen.

Verordnung über die *Produktionsfondsabgabe* vom 14. April 1983 — trat mit Veröffentlichung in Kraft — (GBl. der DDR. Teil I/1983, S. 106 ff.). Schon seit Anfang 1982 werden über die normale Produktionsfondsabgabe (eine Art Kapitalzins) von generell 6 vH hinaus zusätzlich 6 vH erhoben, und zwar für nicht-termingerechnet in Betrieb genommene Investitionen (für die Zeit von der geplanten bis zur tatsächlichen Inbetriebnahme) sowie für überplanmäßige Bestände (Material, unfertige Erzeugnisse und Fertigwaren) bis zu ihrem Abbau. Mit der neuen Verordnung wird nun für einen dritten Fall eine „Strafsteuer“ festgelegt, und zwar von 6 vH, bezogen auf Ausrüstungen, soweit das staatliche Normativ für deren zeitliche Auslastung nicht eingehalten wird (wird das Normativ um weniger als 10 vH unterschritten, reduziert sich die Abgabe auf 3 vH). Die Wirksamkeit dieser Regelung ist allerdings fraglich, da die Ausdehnung der Schichtarbeit in der DDR generell wegen der dadurch erschwerten Lebensbedingungen auf Widerstand stößt. Von der SED selbst wird noch ein anderer Grund genannt: „Unkontinuierlicher Materialfluß, fehlendes Werkzeug, technische Störungen u.a. reduzieren nicht nur die möglichen Lei-

stungsergebnisse, sondern entkräften gewissermaßen auch das Argument von der Notwendigkeit einer höheren Schichtauslastung“²².

Anordnung zur Überprüfung und Überarbeitung der normativen Nutzungsdauer und der *Abschreibungsätze* für Grundmittel vom 2. August 1983 — trat mit Veröffentlichung in Kraft — (GBl. der DDR. Teil I/1983, S. 236 ff.). Ziel ist, die bisher geltende Nutzungsdauer um mindestens 30 vH zu verlängern. Damit wurde die schon seit längerem erhobene Forderung gesetzlich untermauert, angesichts des knappen Investitionsvolumens die Aussonderungen von Anlagen auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken und den vorhandenen Maschinenpark durch ständige Ausbesserungen so lange wie möglich zu erhalten. Dies führt zu einer Minderung der jährlichen Abschreibungen und der Zuführungen zum Amortisationsfonds. Auswirkungen auf die Kostenrechnung sind zu vermuten, werden aber nicht erwähnt.

Unter den zahlreichen Neuregelungen hat die folgende Verordnung die einschneidendste Bedeutung: Verordnung über den *Beitrag für gesellschaftliche Fonds* vom 14. April 1983 — tritt für die zentralgeleitete Industrie am 1. Januar 1984 und für das Bauwesen am 1. Januar 1985 in Kraft — (GBl. der DDR. Teil I/1983, S. 105 f.). Mit der Verordnung wird eine Abgabe an den Staat nach Art einer Lohnsummensteuer erhoben: Bemessungsgrundlage ist der Lohnfonds, der Steuersatz beträgt 70 vH. Als finanzielle Übergangsregelung wird den Betrieben ein „staatlicher Erlöszuschlag“ aus dem Staatshaushalt gewährt. Die Abgabe ist Bestandteil der betrieblichen Kosten. Als neuer „ökonomischer Hebel“ stellt die Abgabe die gegenwärtig bedeutendste Veränderung des Systems der wirtschaftlichen Rechnungsführung dar. Gravierende Auswirkungen hat der extrem hohe Steuersatz auf die Kostenrechnung, die Kostenstruktur der Betriebe und den Staatshaushalt. Welche flankierenden Maßnahmen noch getroffen werden (Preisveränderungen, Subventionen), ist derzeit noch nicht abzusehen. Die Verbraucherpreise sollen jedenfalls davon nicht berührt werden. Grundsätzlich positiv zu werten ist die höhere Bewertung des Faktors Arbeit, die seinen rationalen Einsatz fördern soll.

²¹ Vgl. Gerhard Pflicke: Vervollkommen der wirtschaftlichen Rechnungsführung und sozialistisches Recht. In: Staat und Recht. Heft 9/1983, S. 725 ff.

²² Horst Schumann (1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig), Diskussionsrede auf der 6. Tagung des ZK der SED. Vgl. Neues Deutschland vom 17. Juni 1983, S. 3. Trotz langjähriger Kampagnen zur Ausdehnung der Schichtarbeit ist der Anteil der Produktionsarbeiter in der zentralgeleiteten Industrie, die im Dreischichtsystem arbeiten, von 1979 bis 1982 nur geringfügig gestiegen: von 28,6 vH auf 29,1 vH; das bedeutet aber nur für knapp 10 vH Nachtarbeit. Derzeit wird vor allem die sogenannte „rollende Woche“ propagiert, d.h. Schichtarbeit unter vollem Einschluß des Wochenendes.

Ausblick

Mit den gegenwärtigen Veränderungen im Wirtschaftsmechanismus wird eine schon seit Beginn der achtziger Jahre zu beobachtende Entwicklung fortgesetzt. Zwei Tendenzen sind charakteristisch: Einerseits gibt es Ansätze zur Verfeinerung der monetären Steuerung — ein Versuch, ein Anreizsystem zu entwickeln, das sparsamen Einsatz der Ressourcen und hohe Exportleistungen honoriert. Andererseits gibt es eine Flut neuer Einzelgesetze zur Kontrolle, güterwirtschaftlichen Steuerung und Bilanzierung²³. Die Widersprüche zwischen diesen beiden Tendenzen kann man an der Rolle des Nettogewinns ablesen. Die wirtschaftliche Rechnungsführung stellt den Gewinn in den Mittelpunkt — detaillierte ökonomische Kriterien sind festgelegt, um die Höhe des im Kombinat verbleibenden Gewinns abhängig zu machen von der grundlegenden Verbesserung des Verhältnisses von Aufwand und Ergebnis sowie von hohen Exportleistungen. Der Gewinn kann allerdings die beabsichtigte „Hebelfunktion“ kaum erlangen, solange die Entscheidungsbefugnisse der Kombinate und Betriebe über die Gewinnverwendung so stark begrenzt sind (aufgrund eines bürokratischen und zentralisierten Investitions-Antragsverfahrens sowie eines generell begrenzten Aktionsfeldes bei der Planung des Produktionsprogramms).

Auch Wissenschaftler der DDR weisen auf „Widersprüche des sozialistischen Leitungssystems“ hin

und werfen die Frage auf „nach der Rolle und dem Wechselverhältnis von direkter, ‚administrativer‘, zentraler und örtlicher staatlicher Leitung und der Nutzung ‚indirekter‘ Leitungsmethoden, die meist als verstärkte Nutzung von Ware-Geld-Mechanismen sowie von Formen individueller und kollektiver materieller Interessiertheit begriffen werden“²⁴.

In der zunehmenden Verästelung des wirtschaftsrechtlichen Gefüges zeigt sich der permanente Zwang, auf Systemmängel zu reagieren. Die Vielzahl von Veränderungen „in kleinen Schritten“ bedeutet aber keine Abkehr von den Grundprinzipien der bisherigen Wirtschaftsordnung²⁵.

²³ Da der Begriff der Bilanzierung in der DDR vom westlichen Sprachgebrauch abweicht, sei hier vereinfacht erklärt: Parallel zur Festlegung der Planziele werden Aufkommen und Verwendung von Material und Ausrüstung in einem System von Güterbilanzen gegenübergestellt, um sowohl eine volkswirtschaftlich optimale Bedarfsdeckung sicherzustellen als auch knappe Ressourcen zu kontingentieren. Im derzeitigen stark zentralisierten Bilanzierungssystem wird über 76 vH der Produktion zentral entschieden, der Rest fällt in den Kompetenzbereich der Kombinate (vgl. Die Wirtschaft Nr. 4/1982, S. 17).

²⁴ Michael Benjamin, Wolfgang Loose: Zur Dialektik der staatlichen Leitung bei der Gestaltung des entwickelten Sozialismus. In: Staat und Recht. Heft 1/1983, S. 9.

²⁵ Das Wirtschaftssystem der DDR. Hrsg. Gernot Gutmann. Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, Heft 30. Stuttgart 1983.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 51. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 2/1982. 124 S. DM 56,-.

Bestimmungsgründe der Nachfrage nach Produktionsfaktoren in den Wirtschaftszweigen. Von *Jürgen Blazejczak*.
Die Komponenten der Gewinn- und Renditeentwicklung in den Wirtschaftszweigen. Von *Bernd Gözlig*.
Zur Neuberechnung des Produktionspotentials im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe. Von *Rainer Pischner*.
Ergebnisse einer Umfrage über Rechnerprogramme für ökonomische Entscheidungsmodelle. Von *Josef Gruber*.
Hat die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik in den USA Erfolgchancen? Von *Manfred Teschner*.
Das Wirtschaftsjahrbuch Chinas 1981. Von *Ernst Hagemann*.
Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 3/1982. 115 S. DM 54,-

Ein monetäres Teilmodell – Ein Beitrag zur Weiterentwicklung des ökonomischen Konjunkturmodells der Wirtschaftsforschungsinstitute. Von *Reinhard Pohl* und *Rudolf Zwiener*.
Structure and Performance of the Annual Macroeconomic Model for the FRG. By *Reinhard Hujer*, *Gerhard Bauer*, *Helmut Knepel*.
Einige Überlegungen zur Berücksichtigung struktureller Unterschiede bei interregionalen Vergleichen. Von *Walter Schöning*.
Eine Investitionsmatrix für die Bundesrepublik Deutschland 1976. Von *Egon Baumgart*.
Berufsausbildung in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des dualen Systems. Von *Wolfgang Jeschek*.
Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 4/1982. 121 S. DM 62,-

DIW-Symposion: Neue ökonomische Theorien – Wegweisung für die Wirtschaftspolitik?

I. Funktionsweise und Steuerung der Arbeitsmärkte – Vorurteile und Theorien.
Arbeitslosigkeit als Gegenstand mikroökonomischer Theorien zur Funktionsweise der Arbeitsmärkte. Von *Christof Helberger*.
Einige Marginalien zu Arbeitsmarkttheorie und -realität. Von *Dieter Mertens*.
II. Politische Akzeptanz, Effizienz und Verteilung in der Steuertheorie – Überlegungen zur optimalen Steuerstruktur.
Zur politischen und ökonomischen Akzeptanz der Einkommensteuer. Von *Dieter Bös*.
Zum Verhältnis und zur Tarifstruktur von direkten und indirekten Steuern. Von *Wolfgang Wiegand*.
III. Wirtschaft im Ungleichgewicht – Theoretische und politische Aspekte von Ungleichgewichtskonzepten.
Theoretische und politische Aspekte makroökonomischer Ungleichgewichtskonzeptionen. Von *Hans Jürgen Ramser*.
Theoretische und politische Aspekte von Ungleichgewichtskonzepten. Von *Harald Gerfin*.
IV. Einführung in die Generaldiskussion. Von *Hans-Jürgen Krupp*.
Zahlenanhang: I. Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.
II. Beschäftigung und Arbeitnehmerinkommen 1981.

Heft 1/1983. 130 S. DM 52,-

Die Arbeitnehmerinkommen in Berlin (West) im interregionalen Vergleich. Von *Kurt Geppert*.
Das Spendenaufkommen in der Bundesrepublik Deutschland. Von *Kurt Hornschild*.
Kritische Anmerkungen zu einer Simulationsstudie der Deutschen Bundesbank. Von *Ulrich Heilemann*.
Der Einfluß verkürzter Abschreibungsperioden auf Gewinne und Renditen. Von *Bernd Gözlig*.
Aspekte der Planung von Forschung und Entwicklung in der DDR. Von *Angela Scherzinger*.
Zwischenbilanz der Neuorientierungen in der Wirtschaft der Volksrepublik China. Von *Ernst Hagemann*.
Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 – Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer * 880 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler,
Prof. Dr. Reiner Stäglin (kommissarisch), Dr. Wolfgang Watter, Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Beschäftigungsrückgang abgeschwächt. Bearbeitet von Horst Seidler.

Weiterentwicklung des Wirtschaftsmechanismus in der DDR. Bearbeitet von Angela Scherzinger.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck Berlin, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,-, vierteljährlich DM 30,-, Einzelnummer DM 4,-.

Zuzüglich Versandkosten.

– Hierzu ein Prospekt des Verlages Duncker & Humblot –

– Die nächste Nummer des Wochenberichts erscheint am 27.10.1983 –